

ideologischen und politischen Auffassungen. So entwickelten in der Vergangenheit, erklärte der 1. Sekretär des ZK der KP Griechenlands, Genosse Florakis, selbst innerhalb der Kommunistischen Partei, verschiedene Mitglieder und Funktionäre spalterische, revisionistische und opportunistische Auffassungen. Ein Teil dieser Vertreter war der Meinung, daß die Existenz von illegalen Parteiorganisationen in Griechenland nicht notwendig sei. Sie traten für eine breite Linkspartei ein, die angeblich die Rolle einer kommunistischen Partei erfüllen könne. Sie ignorierten damit die von Lenin ausgearbeitete, theoretisch begründete und von der Praxis der internationalen kommunistischen Bewegung bestätigte Lehre von der Partei neuen Typs. Diese ehemaligen Mitglieder und Funktionäre der Partei haben eine Spaltergruppe ge-

Orientierung: Feste Verbundenheit mit den Massen

Die KP Griechenlands sah im Wahlkampf eine wichtige Etappe für die Stärkung der Positionen der Partei und der linken Kräfte insgesamt. In den Wahlen gelang es der „Vereinigten Linken“ trotz aller Behinderungen und in einem Klima des Antikommunismus, einen beachtlichen Erfolg in der ersten politischen Auseinandersetzung der Nachjuntazeit zu erringen. Insgesamt erhielt sie 9,45 Prozent aller abgegebenen Stimmen. In einigen Wahlkreisen, vor allem in Industriegebieten wie Piräus, Athen-B oder Saloniki, errang die EA bis zu 27 Prozent der Stimmen. Die KP Griechenlands konnte 5 Abgeordnete, darunter den 1. Sekretär des ZK der Partei, Harilaos Florakis, ins Parlament entsenden. In einer Erklärung des ZK der KPG zum Wahlausgang wurde

bildet, die sich von der Partei löste und eine opportunistische Politik betreibt. Die KP Griechenlands als echter revolutionärer Vortrupp des griechischen Proletariats handelt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und kämpft auf dieser Basis konsequent gegen jede revisionistische und opportunistische Auffassung. Gleichzeitig führt sie den Kampf darum, alle Kräfte, die zur Aktionseinheit bereit sind, zusammenzuschließen. Diesem Ziel diente auch eine Vereinbarung zwischen der KP Griechenlands und der „Vereinigten Demokratischen Linken“ (EDA) über gemeinsame Aktionen für die Demokratisierung Griechenlands sowie über die Bildung des Wahlbündnisses der „Vereinigten Linken“ (EA, KPG, EDA, Demokratische Bauernpartei) in Vorbereitung der Parlamentswahlen vom 17. November 1974.

unterstrichen, daß es der Partei mit den Wahlen gelungen ist, die Verbundenheit zu den Massen zu stärken und mehr Möglichkeiten zu schaffen, um den weiteren Kampf zur Lösung der großen Probleme des Volkes zu entfalten. Eine unmittelbare Aufgabe nach den Parlamentswahlen sieht die Partei darin, alles zu tun, um die Absichten von Ministerpräsident Karamanlis zu verhindern, die Macht der Exekutive auf Kosten der Rechte und Vollmachten des Parlaments bedeutend auszuweiten. Es komme darauf an, so wurde hervorgehoben, daß sich alle demokratischen Kräfte gegen die Errichtung eines neuen autoritären Regimes, für die Durchsetzung einer echten Demokratie zusammenschließen. Eine weitere wichtige Kampf- etappe war die Vorbereitung und Durchführung des Re-

ferendums über die Staatsform in Griechenland am 8. Dezember 1974. Die Mehrheit des griechischen Volkes stimmte für eine republikanische Staatsordnung (69,2 Prozent der abgegebenen Stimmen). Der 1. Sekretär des ZK der KP Griechenlands, Harilaos Florakis, unterstrich, daß das Ergebnis des Referendums eine bedeutsame Etappe im Kampf des griechischen Volkes zur Erringung einer Demokratie darstellt, die tatsächlich den Interessen der Werktätigen und der ganzen Nation dienen wird.

Die Entwicklung der letzten fünf Monate in Griechenland zeigt, daß die Werktätigen und alle progressiven Kräfte des Landes vor weiteren entscheidenden Klassenschlachten stehen. Die Ziele der Monopolbourgeoisie sind unverändert auf die Festigung und Stabilisierung ihres Herrschaftssystems gerichtet. In der Verstärkung der antiimperialistischen Tendenzen sehen die herrschenden Klassen eine ernste Bedrohung ihrer Macht. Deshalb sind die gegenwärtigen politischen Ereignisse in Griechenland die Widerspiegelung des sich verschärfenden Kampfes zwischen den Anhängern und Verfechtern einer Ausweitung des Demokratisierungsprozesses und deren Gegnern. Unter diesem Aspekt wird auch der bevorstehende Kampf um die Ausarbeitung und Annahme einer neuen Verfassung verlaufen. Dabei geht es vor allem darum — gegen den Widerstand der reaktionären Kreise in Griechenland und in der NATO —, die notwendigen verfassungsmäßigen Voraussetzungen und Garantien zu schaffen, um alle Überreste aus der faschistischen Juntadiktatur zu überwinden und eine echte Demokratisierung durchzusetzen.

Klaus Mehlitz